„Historisches Tiroler Urteil gegen Diskriminierung“

Wer Kampf für die Gleichstellung Homosexueller sagt, muss Helmut Graupner sagen. Für den Anwalt ist die Ehe der Knackpunkt.

Die Österreicher befürworten zu 75 Prozent das Ende des Eheverbots für Homosexuelle. Foto: Keystone

Innsbruck – Denkt man an die Fortschritte im Kampf um die Gleichstellung von Homosexuellen und Transgender, fällt einem nicht zwingend Tirol ein. Nun gilt es umzudenken. Das liegt nicht nur daran, dass die erfolgreiche Online-Petition *(www.ehegleich.at)* vom Tiroler Verein Vielfalt initiiert wurde (siehe unten), vor Kurzem erging ein Urteil am hiesigen Landesgericht, das laut Rechtskomitee Lambda (RKL), der Instanz im Kampf für Gleichstellung, „historisch“ ist.

In erster Instanz wurde das Land Tirol dazu verurteilt, einem Mann der wegen seiner HIV-Erkrankung gekündigt wurde, über 35.000 Euro zu zahlen. Sowie überdies lebenslang den Unterschied zwischen seinem jeweils möglichen Einkommen (Pension) und jenem Verdienst (Pension) zu bezahlen, den er bei einer üblichen Karriere beim Land Tirol erzielt hätte. Vertreten wurde der Tiroler von Anwalt und RKL-Präsident Helmut Graupner.

„Homosexuelle sind auf eine Partnerschaftsform zweiter Klasse verwiesen, die eingetragene Partnerschaft.“

Helmut Graupner (Rechtsanwalt) Foto: Graupner

Sie bezeichnen das Urteil als Durchbruch. Was macht Sie optimistisch, dass es hält?

Helmut Graupner: Es ist historisch, weil es das erste Mal ist, dass ein Gericht in Österreich Schadenersatz wegen Diskriminierung aufgrund von HIV zuspricht. Ich vertraue darauf, dass auch das Oberlandesgericht Innsbruck und, falls er angerufen wird, der Oberste Gerichtshof kein Verständnis für Diskriminierung HIV-positiver Menschen haben.

Wie schwierig ist es, eine Diskriminierung nachzuweisen?

Graupner: Die Problematik besteht darin, dass Diskriminierende das selten offen machen. Das wahre Motiv dem Gericht glaubhaft zu machen, ist die Herausforderung.

Manchmal entsteht der Eindruck, Homosexuelle seien bereits gleichgestellt, wo hakt es noch?

Graupner: Es gibt einige Baustellen. Allen voran das Eheverbot. Gleichgeschlechtliche Paare dürfen zwar völlig gleichberechtigt Familien gründen, durch Stiefkindadoption, gemeinsame Adoption, und medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Diese Kinder sind aber zwangsweise unehelich, weil ihre Eltern nicht heiraten dürfen. Stattdessen sind sie auf eine Partnerschaftsform zweiter Klasse verwiesen, die eingetragene Partnerschaft, die sie bei der Arbeitssuche auch noch zwangsweise outet. Weitere Baustellen sind der fehlende Schutz gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung außerhalb des Arbeitsplatzes und die Rehabilitierung der Opfer der früheren homophoben Sonderstrafgesetze.

Homosexuelle dürfen Kinder adoptieren. Ist das ein theoretisches Recht, da es auch für ein heterosexuelles Paar nahezu unmöglich ist, ein Kind zu adoptieren?

Graupner: Bei der Adoption ging es um Gleichbehandlung. Das ist erreicht. Wenn wenige Kinder zur Adoption stehen, stellt das keine Diskriminierung dar, solange in jedem Fall nach dem konkreten Kindeswohl entschieden wird und nicht nach der sexuellen Orientierung.

Bis wann wird die Gleichstellung in Österreich erreicht sein?

Graupner: Ich hoffe, dass ich es erleben darf. 50.000 Österreicher fordern ein Ende des Eheverbots. Die Politik sollte die Zeichen der Zeit erkennen.

Wer bremst?

Graupner: Starrköpfige Teile der Politik. Die Österreicher befürworten zu 75 Prozent die Aufhebung des Eheverbots, so wie das in fast der gesamten westlichen Welt geschehen ist.

Das Gespräch führte Alexandra Plank

Initiative auf Erfolgskurs

Innsbruck – Im Juni letzten Jahres startete die Bürgerinitiative „Ehe gleich!“, die eine rechtliche Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare fordert. Initiator der österreichweiten Aktion ist der Tiroler Sven Hofer vom Verein Vielfalt, der das Rechtskomitee Lambda mit ins Boot holte. Anfang August 2015 konnten in Wien knapp 15.000 gesammelte Unterschriften an die Politik übergeben werden. Am 13. August ging die Bürgerinitiative auf der Homepage des Österreichischen Parlaments online.

Seitdem ist die Zahl der Unterschriften in die Höhe geschnellt: „Unsere Bürgerinitiative ist bereits jetzt mit knapp 47.000 Unterschriften – rund 15.000 auf Papier, über 32.600 online – die zweiterfolgreichste Bürgerinitiative überhaupt“, sagt Hofer dazu. Wann die Petition im Parlamentsausschuss definitiv behandelt wird, ist noch offen. *(lipi)*